

Ausfall eines Spieltags:

Frankreichs Profifußballer planen Streik gegen Reichensteuer

25.10.2013

Frankreichs Profifußball könnte Ende November für ein Wochenende zum Erliegen kommen. Die Vereinigung der Clubs kündigte einen Streik der beiden obersten Ligen an. Sie wollen damit gegen die geplante Reichensteuer demonstrieren.



AFP- Paris-Profi Ibrahimovic (l.), Monacos Carvalho:
Ende November spielfrei

Hamburg - Die französischen Fußballclubs planen, im kommenden Monat einen kompletten Spieltag zu bestreiken. Damit wollen sie gegen die von der Regierung geplante Reichensteuer

"Wir werden Teil eines historischen Protests sein, und wir sind fest entschlossen, den Fußball zu retten. Es wird Ende November ein Wochenende ohne Spiele, dafür bei den Clubs einen Tag der offenen Tür geben", sagte UCPF-Präsident Jean-Pierre Louvel bei einer Pressekonferenz. Der Präsident der französischen Profiligen (LFP), Frédéric Thiriez, sagte: "Ich billige diesen Beschluss."

Der Streik soll die beide obersten französischen Ligen (Ligue 1 und 2) betreffen. Unklar ist jedoch, ob der Streik definitiv stattfinden, oder nur als Druckmittel genutzt werden soll. Es wäre der erste Ausstand im französischen Fußball seit 1972.

Hintergrund: Ab dem kommenden Jahr soll für Angestellte, die pro Jahr über eine Million Euro verdienen, in Frankreich eine Reichensteuer von 75 Prozent eingeführt werden. Ursprünglich sollte der Lohnempfänger zur Kasse gebeten werden. Doch das Gesetz wurde so geändert, dass die Unternehmen bezahlen sollen.

20 Millionen Euro Mehrkosten für Paris St. Germain

Nach ersten Berechnungen würde das die Fußballclubs mit 44 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich belasten. Nur Monaco mit seinem Steuer-Sonderstatus sowie Sochaux, Evian, Reims, Lorient und Nantes wären nicht betroffen, weil sie keine Millionengehälter bezahlen.

Meister Paris St. Germain hingegen würde die Reichensteuer eigentlich rund 32,4 Millionen Euro kosten. Da sie jedoch auf fünf Prozent des Umsatzes begrenzt ist, müsste der Club von Top-Star Zlatan Ibrahimovic "nur" 20 Millionen Euro zahlen.

ham/dpa/sid/Reuters